

P/XX/112

Bonn, den 15. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

1

Falscher Ehrgeiz

Nachrichtenpolitik der Bundesregierung

2

Gemeinde heißt Gemeinschaft

Rund 100 Millionen DM für Dorfgemeinschaftshäuser,
Mehrzweckhallen und Bürgerhäuser in Hessen

3 - 4

"Demokratie in Deutschland"

Zu einem Buch von Fritz Erler
Von Hermann Bortfeldt

5 - 6

De Gaulle und Frachon

Die Rolle der französischen Kommunisten
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

Falscher Ehrgeiz
Nachrichtenpolitik der Bundesregierung

G.M. - "Ich lasse mir im Interesse der Sache jeden Vorwurf gefallen". Das sagte Bundespressechef Günter von Hase, als er auf die widersprechenden Erklärungen über den Verlauf der letzten deutsch-französischen Verhandlungen des vergangenen Wochenendes von Journalisten angesprochen wurde.

Wir wissen, mindestens seit der "Spiegel-Affäre", daß Herr von Hase allzu oft die Fehler seines jeweiligen Chefs zu decken oder zu verdecken versucht. In jüngster Zeit hat er sich sogar dazu hergegeben, die Ausgabe von Steuergeldern zu Propagandazwecken der CDU als eine notwendige Regierungsmaßnahme zu "rechtfertigen". Obwohl das schon ungewöhnlich ist, könnte man einen so bedrängten Mann wie Herrn von Hase einen solchen Fehler noch durchgehen lassen, denn mitunter fühlt es auch ihm schwer, das Amt des Bundespressechefs von dem eines Sprechers der stärksten Regierungspartei zu unterscheiden.

Der heroisch klingende Versuch jedoch, die schlechte und sogar falsche Informationspolitik der Bundesregierung mit einer Winkelried-Pose im Falle der deutsch-französischen Verhandlungen in eine europäisch-vaterländische Tat umzumünzen, ist läppisch.

Herr Günther von Hase ist gewiß ein ungünstlicher Mann, er meint vielleicht sogar auch meist was er sagt. Die Aufgabe eines Bundespressechefs besteht jedoch nicht darin, dem Regierungschef in jedem Fall zu beschweigen, er sei eine Erfolgskanone, sondern vielmehr darin, der deutschen und ausländischen Presse korrekte Informationen zu vermitteln. Wenn er das gelegentlich wegen Mängels an Substanz nicht kann, bleibt einem Bundespressechef immer noch die Möglichkeit, sich in Schweigen zu hüllen. Niemand würde ihm das verübeln.

Im vorliegenden Falle, - es handelt sich hierbei um die Meldung, Staatspräsident de Gaulle und Bundeskanzler Erhard seien sich über die Einberufung einer europäischen Gipfelkonferenz einig - hätte man der deutsch-französischen Zusammenarbeit mehr gedient, wenn der Bundespressechef den Journalisten erklärt haben würde, dieser Fragenkomplex sei noch offen. Das hätte der Wahrheit entsprochen.

Es muß befürchtet werden, daß Herr von Hase die inzwischen geplätzte Erfolgsmeldung vom europäischen Gipfeltreffen aus zwei Gründen verbreitet hat. Erstens wollte er, nachdem von seinem Amt vor dem deutsch-französischen Ministertreffen zielbewußt Pessimismus verbreitet worden war, den vermeintlichen Erfolg des deutschen Regierungschefs in einem umso größeren Lichte erstrahlen lassen. Zweitens scheint man sich im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung überlegt zu haben, daß eine am Freitagnachmittag herausgegebene Erfolgsmeldung die Schlagzeilen für die Wochenendausgaben der meisten deutschen Zeitungen abgeben würde.

Dieser falsche Ehrgeiz hat - wie man jetzt sieht - zu einem erneuten Durcheinander in den deutsch-französischen Beziehungen geführt und nicht - wie Herr von Hase sagte - "dem Interesse der Sache gedient", sondern geschadet.

Gemeinde heißt Gemeinschaft

Rund 100 Millionen DM für Dorfgemeinschaftshäuser, Mehrzweckhallen und Bürgerhäuser in Hessen

H.E-er - Der Begriff "Gemeinde" ist mehr als die verwaltungsmäßige Zusammenfassung der Einwohner eines bestimmten Bereiches. Die Gemeinde bedeutet schlechthin die Gemeinschaft der Bürger und die Grundlage für ihr gesellschaftliches Zusammenleben. Auf dem Lande wie in der Stadt bewirkt die Technisierung eine ständige Umwandlung unserer wirtschaftlichen und sozialen Welt. Sie birgt neben materiellen Verbesserungen auch die Gefahren der Vereinsamung und Selbstentfremdung des Menschen in sich. Es ist deshalb eine Gemeinschaftsaufgabe, durch gute Nachbarschaft und Stätten der Begegnung der Gemeinschaft einen neuen Inhalt zu geben. Deswegen fördert die Hessische Landesregierung seit 1952 Dorfgemeinschaftshäuser mit Einrichtungen, die der Gemeinschaft dienen.

Vor 13 Jahren wurde vom Hessischen Landtag das Programm der "Sozialen Aufrüstung des Dorfes" einstimmig verabschiedet. Ursprünglich, als eine Maßnahme zur Verbesserung der Agrarstruktur gedacht, standen zunächst Dorfgemeinschaftshäuser im Vordergrund der Förderung. Seit 1959, also seit sechs Jahren, werden auch Mehrzweckhallen in Landgemeinden gefördert und Bürgerhäuser in Städten.

Wenn in früheren Jahrzehnten der Landmann oft etwa neidisch auf die Stadtmenschen schaute, weil in der Stadt Einrichtungen vorhanden waren, die man auf dem Lande nur vom Hörensagen kannte, so klicken heute Bürger anderer Bundesländer und Besucher aus dem Ausland aufmerksam und mit Anerkennung auf diese praktischen Beispiele hessischer Politik der Entwicklung des Landes.

Das Land Hessen hat in den zurückliegenden Jahren fast 100 Millionen DM Beihilfen an Gemeinden zum Bau von Dorfgemeinschaftshäusern, Mehrzweckhallen und Bürgerhäusern zur Verfügung gestellt. In Hessen sind heute rund 250 Dorfgemeinschaftshäuser, 25 Bürgerhäuser und 90 Mehrzweckhallen in Betrieb. Mehrzweckhallen sind oft mit Dorfgemeinschaftshäusern oder Bürgerhäusern verbunden. 60 dieser Sozialbauten sind im Bau.

Der Hessische Minister des Innern, Heinrich Schneider, führt seit 1964 ein Vierjahres-Förderungsprogramm für Dorfgemeinschaftshäuser, Mehrzweckhallen und Bürgerhäuser durch. Ein Schwerpunkt dieses Programmes liegt in den sechs Zonengrenzkreisen. Die Breitenwirkung im Lande wird dadurch erreicht, daß Jahr für Jahr 50 Projekte gefördert werden. Die Mehrzweckhallen unterstützen dabei die hessischen Maßnahmen zur Landschulreform. Auch in kleinen Gemeinden sollen Stätten für Turnen, Sport und Spiel zur Verfügung stehen. Leerstehende Schulgebäude werden zu Dorfgemeinschaftshäusern um- und ausgebaut.

Das Gesamtprogramm wird sich noch viele Jahre ausdehnen, um möglichst allen Gemeinden die vielfältigen kommunalen, hygienischen, sozialen und kulturellen sowie auch technischen Einrichtungen zu vermitteln. Die Pflege eines vielgestaltigen kulturellen und gesellschaftlichen Lebens hat in Hessen zum Ziel: Die Gemeinde muß die geistige und kulturelle Heimat der Bürger sein.

Es ist erfreulich, daß in jüngster Zeit immer häufiger Besucher aus anderen deutschen Bundesländern nach Hessen kommen, um sich an Ort und Stelle davon zu überzeugen, daß eine fortschrittliche Regierung das Leben auf dem Lande durchaus lebenswerter machen kann. Ein südbadischer Bauer beispielsweise kommentierte seine Reise, die er auf Einladung eines SPD-Abgeordneten unternommen hatte, nach Hessen so: "Die sind uns um mindestens zehn Jahre voraus."

"Demokratie in Deutschland"

Zu einem Buch von Fritz Erler
Von Hermann Bortfeldt

Bonn ist nicht Weimar und die Demokratie ist in Deutschland stabil geworden. Von Dauer allerdings kann sie nur sein, wenn sie sich ständig den Erfordernissen der Zeit anpaßt. Stillstehen kann sie nicht; sie muß lebendig sein und braucht die Mitarbeit der Bürger. "Das haben die Deutschen inzwischen begriffen. Wie der einzelne Mensch zu lernen vermag, so können ja auch ganze Völker aus Erfahrung lernen. Die Katastrophe der Hitler-Diktatur und die Errichtung eines totalitären kommunistischen Regimes zwischen Elbe und Oder haben der überwältigenden Mehrheit der Deutschen die Augen geöffnet."

Es ist Fritz Erler, Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und stellvertretender SPD-Vorsitzender, der zu diesen fast ohne Einschränkung positiven Urteil über die demokratische Entwicklung in Deutschland kommt. Sicherlich mit Recht hält es die dauernde Herrschaft einer Partei allerdings nicht für vereinbar mit einer demokratischen Zukunft. Erler meint in seiner neuesten Schrift, daß ein Wechsel der Regierung als der "letzte Beweis" demokratischen Selbstverständnisses und demokratischer Selbstverständlichkeit in Deutschland bald angetreten werde.

Sein Buch "Demokratie in Deutschland" (Seewald-Verlag, Stuttgart, 195 Seiten, Leinen, DM 14,80) mag auch im Hinblick auf diese Perspektive sogeiaßt worden sein; ein "Buch zur Bundestagswahl" ist es trotzdem nicht, weil es GÜltigkeit weit über das Wahljahr hinaus beanspruchen kann. Dies vor allem aus zwei Gründen: einmal, weil es einen Leitfaden für die Geschichte der Bundesrepublik abgibt und zum zweiten, weil es Geschichte und Standort der Deutschen Sozialdemokratie umreißt. Die Unterschiede zwischen der ersten und der zweiten deutschen Republik beschreibt Fritz Erler im Eingangskapitel seines Buches. Mit den Vätern des Bonner Grundgesetzes haben auch die politischen Parteien der Bundesrepublik Lehren aus der Vergangenheit gezogen. Sie haben neue Anknüpfung gesetzt, die für die Zukunft hoffen lassen. "Sie unterstützen den Staat, anstatt auf seinen Zusammenbruch hinzuwirken, wie es die starken anti-republikanischen Kräfte von der konservativen Rechten und die kommunistische Linke in den Tagen von Weimar taten. Damals war selbst das Verhältnis der demokratischen Parteien zur parlamentarischen

Demokratie gelegentlich nur lauwarm. Heute ist der politische Kampf zivilisiert."

Könnten eine Wirtschaftskrise oder eine politische Isolierung vom Westen oder eine Kombination beider Möglichkeiten die deutsche Demokratie erschüttern? Die Regierungen haben inzwischen gelernt, wie wirtschaftliche Probleme zu behandeln sind. "Die deutsche Wirtschaftspolitik," antwortet Fritz Erler, "ist viel geschmeidiger, als die recht dogmatischen Reden des Bundeskanzlers Erhard einen glauben machen können."

In dem Kapitel "Werden und Wirken der SPD" schildert Fritz Erler den Weg seiner Partei zum Godesberger Programm. Er weist darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland von Regierung und Opposition gleichermaßen gestaltet worden ist, daß die Sozialdemokraten in fünf der elf Bundesländer regieren und die Mehrheit der Großstädte verwalten. Fritz Erler bekennt sich zu einer Opposition, die Alternativen offen hält und dafür sorgt, daß die Regierung immer wieder über ihre Handlungen vor dem Volke Rechenschaft ablegt. Aber er verwahrt sich gegen die mancherorts bestehende Neigung, ein und dieselbe Partei als Opposition zu institutionalisieren und zu meinen, es müsse wohl eine Opposition geben, aber sie dürfe um Himmels willen nie zur Macht kommen. "Solch eine Einstellung macht die heilsame Wirkung zunichte, die im Vorhandensein einer Opposition liegt."

Die Außenpolitik und die Verteidigungspolitik sind zwei Probleme der Gegenwart, die Fritz Erler in zwei umfangreichen Kapiteln mit der ihn auszeichnenden Präzision analysiert. Erler wendet sich dann den Notwendigkeiten der Zukunft zu und gibt einen fundierten Überblick über die Gemeinschaftsaufgaben und deren Bedeutung für heute und morgen. Sachlichkeit und Enthusiasmus finden sich in diesem Buche vereint. Die Demokratie darf nicht langweilig werden. Sie bedarf auch der Inspiration, vor allem dann, wenn sie Anziehungskraft auf die Jugend ausüben soll. Sie muß - darauf weist Fritz Erler ausdrücklich hin - an die schöpferischen Kräfte der Jugend appellieren.

Das Buch klingt aus mit einer Aufforderung an alle, überall Vertrauen in eine gesunde Zukunft des demokratischen Deutschlands zu schaffen. Wer dabei mithilft, der arbeitet gleichzeitig an der Sicherung dieser Zukunft selbst. "Das Vertrauen der Umwelt zur demokratischen Zukunft Deutschlands und das Vertrauen des deutschen Volkes in die Solidarität seiner Freunde gehören zusammen. Das eine kann nicht ohne das andere gedeihen. Beides zusammen bildet eine entscheidende Grundlage für die Sache der Freiheit überhaupt."

De Gaulle und Frachon

Die Rolle der französischen Kommunisten

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Pfingstbeschluss des SFIO-Parteitag, mit den anderen demokratischen Links- und Mittelparteien eine gemeinsame "Föderation" zu schaffen, beherrscht voraussichtlich für längere Zeit Frankreichs Innenpolitik. Während die demokratischen Parteien ihr grundsätzliches Einverständnis zum Ausdruck bringen und nur noch untergeordnete Differenzen zu überbrücken haben, äußerten zwei Parteien sofort scharfe Ablehnung: Gaullisten und Kommunisten.

Die gaullistische UNR sieht zum erstenmal eine ernste innenpolitische Gefahr, eine Kraft, die imstande wäre, vielleicht noch zu de Gaulles Lebenszeit, jedenfalls aber nach ihm, die Nachfolge anzutreten und eine erneuerte parlamentarische Demokratie zu gewährleisten.

Die Kommunistische Partei Frankreichs sieht ihre Einheits- und Volksfrontpläne durchkreuzt und beschuldigt die SFIO "nach rechts abgerückt" zu sein. Als "Strafe" will die KPF nun in den Präsidentschaftswahlen am Jahresende den kommunistischen Gewerkschaftsvorsitzenden Benoit Frachon als Kandidaten aufstellen.

Defferres Kandidatur soll so geschwächt und de Gaulles Sieg erleichtert werden. Die eigentlichen Gründe dieses kommunistischen Verhaltens liegen selbstverständlich in der sowjetischen Außenpolitik, die mit der gegenwärtigen gaullistischen Außenpolitik parallel verläuft, während Defferre ausdrücklich europäische Integration fordert.

In diesem Zusammenhang ist das offizielle Treffen zwischen General de Gaulle und Benoit Frachon am Vorabend des SFIO-Parteitag von außergewöhnlicher Bedeutung und Tragweite

Sozialkrise als Anlaß

Anlaß dieses erstmaligen Empfanges im Elysée-Palast war die gegenwärtige Sozialkrise der 5. Republik. Seit mehreren Monaten steigt in den wichtigsten Betrieben, Werken und Werften die Welle der Streiks, Betriebsbesetzungen und Aussperrungen. De Gaulles "Stabilisierungsplan" ist gescheitert. Löhne und Gehälter sind hinter der Preisspirale zurückgeblieben.

Das Gespräch de Gaulle-Frachon übersteigt aber den streng sozialpolitischen Rahmen. Seit 18 Jahren waren die KPF und CGT in der 4. und 5. Republik von derartigen offiziellen Empfängen ausgeschlossen. Allerdings trat bereits mit de Gaulles Machtorgreifung ein Wandel ein. Der General verdankte seine Rückkehr zur Macht 1958 in hohem Maße der von Moskau angeordneten "Tolerierung" durch die KPF.

Sozusagen als "Gegenleistung" gab er schon damals deutlich zu verstehen, daß er bereit sei, auch die kommunistischen Gewerkschaftsführer als "gleichberechtigt" zu behandeln und zu empfangen. Wenn es bisher nicht dazu kam, so lag das nicht bei de Gaulle, sondern bei den Kommunisten.

Salonfähigkeit der KPF

Nun sind Voraussetzungen für eine offene und direkte gaullistisch-kommunistische Zusammenarbeit auf innenpolitischer Ebene gegeben, im Zeichen und als unmittelbare Folge der außenpolitischen französisch-sowjetischen Verständigung. Es ist kein Zufall, daß die Begegnung de Gaulle-Frachon wenige Wochen nach dem Gespräch de Gaulle-Gromyko erfolgt. Selbstverständlich haben sich General de Gaulle und Benoit Frachon nicht nur über Gewerkschaftsfragen unterhalten, obgleich die Sozialkrise ein wichtiges Thema ist. De Gaulle kann und muß von Frachon erreichen, daß die CGT (die mit ihren zwei Millionen eingeschriebenen Mitgliedern überhaupt die größte Organisation Frankreichs ist) die unzufriedenen Arbeitnehmer in Schach hält. Das ist der Preis für die zunehmende Salonfähigkeit der KPF und für ihre schrittweise Wiedereinschaltung in das politische Leben Frankreichs.

Gaullistisch-kommunistische Einheitsfront gegen Defferre

Besondere Bedeutung erhält das offene gaullistisch-kommunistische Zusammenspiel in diesem Wahljahr 1965. Der einzige namhafte Gegenkandidat für die Präsidentschaftswahl im Dezember ist bis jetzt der sozialdemokratische Bürgermeister von Marseille Gaston Defferre, ein ausgesprochenener Gegner der KPF. Alle Vorschläge und Anbiederungsversuche der Kommunisten werden von ihm abgelehnt. Defferre wünscht keine "Volksfront", sondern eine Zusammenfassung der demokratischen Links- und Mittelparteien, vor allem der Sozialdemokraten, der radikalen Freisinnigen und der Christdemokraten zu einer Art französischer Labour-Party. Er hofft, auf diese Weise auch entscheidende Teile von Linkswählern zu gewinnen, die bisher für die KPF stimmten.

Defferres Kandidatur ist somit eine ernste Gefahr sowohl für die Gaullisten als auch für die Kommunisten. Bis jetzt steht noch nicht fest, ob de Gaulle im Dezember persönlich kandidiert oder einen seiner Vertrauensleute vorschickt. Selbst wenn es Defferre nur gelingen sollte, eine absolute Mehrheit de Gaulles zu verhindern, wäre das schon ein bemerkenswerter Erfolg der demokratischen Opposition.

Die KPF ist daher entschlossen, Defferres Kandidatur zu torpedieren. Das kann auf zweierlei Art geschehen:

1. durch eine direkte Unterstützung de Gaulles (entweder durch direkte Stimmabgabe für den General oder durch Stimmenthaltung) oder
2. durch die Aufstellung einer kommunistischen Splitterkandidatur.

Der erste Weg scheint derzeit noch zu gewagt; die kommunistischen Parteigänger und Wählermassen würden es nicht verstehen, daß man über Nacht de Gaulle, den man bisher als "Reaktionär", zuweilen sogar als "Faschisten" hinstellte, plötzlich gegen den Sozialdemokraten Defferre unterstützt.

Wahrscheinlich kommt es daher zur Aufstellung eines kommunistischen Kandidaten, um auf diese Weise die Linksoption zu spalten und die Wiederwahl de Gaulles zu erleichtern. Als eventueller kommunistischer Präsidentschaftskandidat ist niemand anderer ausersuchen als - Benoit Frachon ...